

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

20 Tote bei Guerilla-Gefechten in Peru

Bei zwei Zusammenstössen zwischen Guerillas der maoistischen Untergrundbewegung «Leuchter Pfad» und Sicherheitskräften in der peruanischen Hochlandregion von Ayacucho sind 20 Rebellen getötet worden. Das Oberkommando der peruanischen Streitkräfte teilte am Mittwochabend (Ortszeit) in einem Communiqué weiter mit, dass vier Soldaten bei den Gefechten verwundet worden seien. Der blutigste Zusammenstoss ereignete sich bereits am 1. November in der Ortschaft Uchuyunga, wo die Regierungstruppen ein Kommando von etwa 80 Rebellen stellten. Dabei wurden 19 Guerillas getötet, hiess es.



Landtagswahl im Mittelpunkt

Landtagsvizepräsident Armin Meier zum FDP-Parteitag am 10. November

«Am Sonntag werden die von den Ortsgruppen und der Parteileitung portierten Kandidatinnen und Kandidaten für den Landtag vom Parteitag offiziell nominiert. Für unser Land ist von entscheidender Bedeutung, welche Frauen und Männer das Volk im Landtag repräsentieren. Die Wahlen vom Februar 1986 sind Landtagswahlen. Dann wird die Volksvertretung bestimmt, die Gesetze zu beraten und zu verabschieden hat. Für mich sind Landtagswahlen das zentrale politische Ereignis in unserem Land. In den letzten Wochen sind in unseren Ortsgruppen Frauen und Männer als Kandidaten nominiert worden, die Gewähr dafür bieten, dass die klare Linie der FDP auch in den nächsten Jahren wertverfolgt wird. Wir brauchen eine starke Volksvertretung, eine Volksvertretung, die bereits bei der Nomination von einer breiten Bevölkerungsschicht getragen wird. Daher wird es wichtig sein, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger am FDP-Parteitag teilnehmen. Von grosser Bedeutung ist aber auch, dass das FDP-Wahlprogramm eine breite Abstützung im Parteivolk findet. Das Programm ist nicht nach möglichst wählerwirksamen Gesichtspunkten erstellt worden, sondern enthält Grundsätze, die für die Zukunft unseres Landes wichtig sind. Die Stärkung der Volksvertretung, die Erhaltung unseres Lebensraumes, die Partnerschaft von Mann und Frau sind entscheidende Elemente.

Ich rufe deshalb meine Mitbürgerinnen und Mitbürger auf, möglichst zahlreich am FDP-Parteitag in Vaduz teilzunehmen.»

Neuerungen im Bereich der Heimatschriften

Die Regierung unterbreitete dem Landtag eine Vorlage zu einem neuen Heimatschriftengesetz

Wer seinen Pass verliert oder wem sein Reisepass auf irgendeine Art abhandelt, muss künftig nicht mehr damit rechnen, dass der Verlust des Dokumentes öffentlich in den Zeitungen ausgeschrieben wird. Der Wegfall der öffentlichen Publikation ist ein Teil der Revisionen im Bereich der Heimatschriften, die in Form einer neuen Gesetzesvorlage dem Landtag unterbreitet wurde. Das Gesetz möchte das geltende Recht an die moderne Zeit anpassen.

Das jetzt noch gültige Heimatschriften-gesetz wurde 1947 erlassen. Eine Neufassung der gesetzlichen Vorschriften drängte sich nach Auffassung der Regierung durch die Mobilität der liechtensteinischen Bevölkerung, durch die Notwendigkeit eines besseren Schutzes der Dokumente vor Diebstahl und Missbrauch sowie durch die Änderung der Bedeutung der verschiedenen Heimatschriften im Laufe der Zeit auf.

Längere Aufenthalte in fernen Weltgegenden sowie Aufenthalte in anderen Ländern mit Erwerbsausübung verlangen nach Darstellung der Regierung eine Anpassung der Heimatschriften. Ebenso verlange die Bekämpfung des Terrorismus, in Verbindung mit Fälschungen oder Missbrauch, die Herstellung von Heimatschriften, die nicht ohne weiteres kopiert oder abgeändert werden können. Die Neugestaltung der Passformulare ist ein erster Schritt in dieser Richtung. Im weiteren weist die Regierung in ihrem Antrag darauf hin, dass der Heimatschein

seine frühere Bedeutung verloren habe. Der Reisepass sei zum wichtigsten Dokument geworden, die Identitätskarte genüge heute als Ausweis für die Reisen in die meisten europäischen Länder. Alles in allem jedoch, der heutigen Bedeutung und Vielfalt der Dokumente vermöge das geltende Heimatschriftengesetz nicht mehr gerecht zu werden.

Nach Abschluss einer Vernehmlassung und der Einsetzung einer Kommission ist die Regierung zur Ansicht gelangt, die sogenannte Heimatbestätigung, die bisher vor allem im Verkehr zwischen den einzelnen Gemeinden eine Rolle spielte, könne ersatzlos ausgelassen werden. Damit gibt es nach der Gesetzesvorlage noch folgende Heimatschriften: Heimatschein, Reisepass, Kinderpass, Identitätskarte, Diplomatenpass, Dienstpass und besondere Ausweise für Flüchtlinge und Staatenlose.

Eine andere Änderung gegenüber dem heutigen Zustand ergibt sich mit der Neuorganisation und der Koordination zwischen Passamt und Zivilstandsamt. Das Passamt wird demnach auch in Zukunft die Reiseausweise und die ausschliesslich für den Gebrauch im Ausland bestimmten Dokumente ausstellen. Das Zivilstandsamt hat jedoch vorerst die Unterlagen für die Übereinstimmung der Heimatschriften mit den Eintragungen in den Zivilstandsregistern zu liefern. Zu diesem Zwecke hat das Zivilstandsamt für das Passamt Registerauszüge zu erstellen. Daneben soll dem Zivilstandsamt mit

dem neuen Heimatschriftengesetz die Ausstellung und Kontrolle der Heimatscheine übertragen werden. Auf die Beglaubigung durch das Passamt kann nach Ansicht der Regierung in Zukunft verzichtet werden, da das Zivilstandsamt mit seinen Registern besser in der Lage ist, für die Richtigkeit der Eintragungen in den Dokumenten zu sorgen.

Eine wesentliche Änderung betrifft auch das Verfahren beim Verlust des Passes. In Verlust geratene Reisepässe werden gegenwärtig noch auf Verlangen und auf Kosten des Berechtigten oder auf Anordnung der Regierung in den Zeitungen aufgerufen und nach drei Monaten für ungültig erklärt. Dieses Verfahren erachtet die Regierung als unzeitgemäss und unterbreitet den Vorschlag, dass der Verlust des Passes bei der Polizei – gegen eine kostendeckende Gebühr – zu Protokoll gegeben werden muss. Damit soll verhindert werden, dass weniger Sorge zu den Heimatschriften getragen wird.

Damit eine Ordnung für alle vom Staat ausgegebenen Identitäts- und Reiseausweise herrscht, enthält die Regierungsvorlage auch Grundsatzbestimmungen für die Kinderpässe, die Reisepässe, zu den Diplomaten- und Dienstpässen, zu den Reisedokumenten für Flüchtlinge und Staatenlose sowie zu den vereinfachten Dokumenten für den kleinen Grenzverkehr und zur Staatsbürgerschaftsbestätigung.

Renovation Rathaus Vaduz

Endabrechnung genehmigt

In seiner Sitzung vom 23. Oktober hat der Vaduzer Gemeinderat die Endabrechnung für die Umbau- und Renovationsarbeiten am Rathaus zur Kenntnis genommen und genehmigt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 4,696 Millionen Franken. Diese Gesamtkosten setzen sich wie folgt zusammen: Vorbereitungsarbeiten 83 733 Franken, Gebäude 3,570 Millionen Franken, Betriebseinrichtungen 27 125 Franken, Umgebung 45 291 Franken, Baunebenkosten 59 624 Franken, Ausstattung 186 127 Franken und Honorare 723 979 Franken. Die Regierung hat auf den begrenzten Betrag von 2 Millionen Franken eine Subvention von 15 Prozent, also 300 000 Franken, gewährt. Der Kostenvorschlag auf der Basis von 1981 belief sich auf 3,67 Millionen Franken. Hinzu kam die Teuerung von 11,95 Prozent sowie nachträglich vom Gemeinderat beschlossene Arbeiten in Höhe von 553 000 Franken sowie zusätzliches Mobiliar, Unterhalt und div. in Höhe von 255 000 Franken.

Alt-Bundesrat Wahlen gestorben

Alt-Bundesrat Friedrich Traugott Wahlen ist im Alter von 86 Jahren gestorben. Von 1942 bis 1945 war der Politiker Beauftragter des Bundesrates für den Plan Wahlen, der die Anbaufläche der schweizerischen Landwirtschaft gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelte. 1942 bis 1949 sass Wahlen im Ständerat, war von 1959 bis 1965 Bundesrat und bekleidete 1961 das Amt des Bundespräsidenten.

Hoher Preis für philatelistische Rarität

(spk/dpa) Der König-Carol-Brief, eine philatelistische Rarität, erzielte am Donnerstag auf einer Briefmarkenauktion in West-Berlin den Preis von 650 000 Mark. Der am 26. Februar 1856 in Freiburg gestempelte Brief stammt aus der Sammlung des rumänischen Königs Carol, der ihn 1937 in London ersteigert hatte.

1979 war die mit vier waagerechten Ein-Kreuzer-Marken, davon ein Kehrdruckpaar, frankierte Postsendung für 230 000 Mark in die mehrfach international ausgezeichnete Herbert J. Bloch-Sammlung gelangt, die jetzt in West-Berlin versteigert wurde.

Nebenbei

Für jene Olympia-Briefmarken, die offenbar der Verbrennung in Buchs entgingen, entwickeln die ausländischen Medien ein zunehmendes Interesse, wie gross aufgemachte Berichte in der Presse und im Fernsehen ahnen lassen. Es sind Ermittlungen im Gange, Verhaftungen wurden vorgenommen, die Suche nach den Drahtziehern des «Millionen-Coups» geht weiter. Nur unsere Regierung schweigt beharrlich dazu. Sie hat schon geschwiegen, als sie den ersten aufgetauchten Satz gegen Europa-Marken eintauchte. Und sie schweigt weiterhin, obwohl unsere Bürger und Steuerzahler gerne einmal Auskunft hätten. Gilt, wenn es heiss wird, die Devise: «Schweigen ist Gold?»

Kanzler Kohl zur Deutschland-Politik

Deutsche Frage bleibt offen – Für Genf weiter vorsichtig optimistisch

Bonn (AP) Ungeachtet der verschiedenen Äusserungen und Berichte nach dem Besuch des amerikanischen Aussenministers in Moskau bleibt Bundeskanzler Helmut Kohl hinsichtlich des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens in Genf vorsichtig optimistisch. In einem Interview vertrat er die Auffassung, dass es auch am Genfer Verhandlungstisch eher Lösungen geben werde, wenn die Ost-West-Beziehungen auf eine tragfähige Grundlage gestellt werden könnten. Gleichzeitig plädierte er dafür, einen verbesserten Ost-West-Dialog auf regelmässige Gipfeltreffen zu stützen.

Kohl bekräftigte, dass ihm Präsident Ronald Reagan versichert habe, die USA würden an der restriktiven Auslegung des ABM-Vertrages mit Moskau festhalten, so dass sich eine mögliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Firmen den Kriterien des Vertrages entsprechen würde. Was eine deutsche Beteiligung am SDI-Programm angehe, so sei «über Formen und Inhalte noch nicht entschieden.» Es gehe darum, für die Mitarbeit deutscher Unternehmen die bestmöglichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Entscheidung werde bis Jahresende fallen.

Ausführlich nahm der Kanzler in dem Interview auch zur Deutschlandpolitik Stellung. Kohl wiederholte dabei zu den Ostverträgen, vor allem den Warschauer Vertrag, dass «wir alle zur Kenntnis nehmen, dass neben der rechtlichen Situation und den rechtlichen Grundlagen das Leben natürlich 40 Jahre lang weitergegangen ist.» Es werde höchstwahrscheinlich kein Zurück zum Nationalstaat des 19. Jahrhunderts geben, und die deutsche Frage werde nur im europäischen Rahmen zu lösen sein.

Deutsche Frage bleibt offen

Kohl sagte weiter, für ihn bleibe die deutsche Frage offen. Es gebe weiterhin Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Mächte für Deutschland als ganzes und für Berlin. Dabei sei das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen unverzichtbar. Niemand könne vorhersagen, wann die deutsche Nation unter einem

europäischen Dach und im Rahmen einer europäischen Friedensordnung vereint werden könne. Eines sei jedoch für seine Regierung unumstößlich: «Wir werden niemals, auch im wohlverstandenen Interesse unserer Landsleute, unsere Freiheit und unsere Sicherheit als Partner in der Atlantischen Gemeinschaft und in der Europäischen Gemeinschaft der Chimäre eines unter neutralistischen Vorzeichen wiedervereinigten Deutschlands opfern.»

Kohl betonte, ein neutrales Gesamtdeutschland würde die amerikanische Präsenz in Europa beenden, das westliche

Bündnis und die Europäische Gemeinschaft zerstören. Deutschland würde sich trotz aller Garantien im Gravitationsfeld der Sowjetunion wiederfinden – eine abenteuerliche Vorstellung.

Der Kanzler betonte auch, dass die offene deutsche Frage den Beziehungen zu Polen nicht im Wege stehe. Polen wisse, dass die Bundesrepublik die Überwindung der Teilung Deutschlands nur mit friedlichen Mitteln und im Einvernehmen mit allen Nachbarn anstrebe. Dies stehe im Einklang mit allen Ostverträgen und mit der KSZE-Schlussakte in Helsinki.

Weiterer Ausbau der Radwege

Durchgehende Verbindungen zwischen Gemeinden schaffen

Radfahren ist aus verschiedenen Gründen wieder in Mode gekommen. Aus diesem Grunde sind Bestrebungen im Gange, über das ganze Land ein Radwegnetz zu schaffen. Bereits im letzten Jahr hat die Regierung dem Landtag ein Konzept für Radwege vorgelegt. Im Strassenbauprogramm 1986 sind weitere Erläuterungen enthalten.

Wesentliche Teile des Radnetzes sind nach dem Bericht der Regierung, sofern die Radstreifen miteinbezogen werden, vorhanden. Nun gelte es, die vorhandenen Strecken möglichst rasch zu einer durchgehenden Verbindung zwischen den Ortschaften zusammenzuschliessen. Dagegen ist die Herstellung der Verbindungen von den Wohngebieten zu den Arbeitsplätzen, den Schulen, den Verwaltungen und den Sport- und Freizeitanlagen eine Aufgabe der Gemeinden. Doch diese sind, wie eine Umfrage ergeben hat, zumeist noch im Stadium der Planung, nur wenige Projekte liegen zur konkreten und raschen Verwirklichung vor.

Die Planung des Radwegnetzes geht vom Grundsatz aus, dass den Rad- und Mofafahrern Gemeinschaftswege für langsame Fahrzeuge oder verkehrsarme

Strassen zugewiesen werden. Dabei sollen möglichst bereits bestehende oder neu zu erstellende landwirtschaftliche Erschliessungsanlagen mitbenutzt und für den Radverkehr hergerichtet werden. Reine Radwege entlang der Hauptstrassen sind nach dem Konzept nur dort vorzusehen, wo keine durchgehenden Nebenwege vorhanden sind und die Topographie keine Parallelwege für gemischten Langsamverkehr zulässt. Radstreifen, wie sie heute teilweise noch in Betrieb sind, sollten nur ausnahmsweise berücksichtigt werden, weil sie vor allem in Auserortsbereichen wenig zur Sicherheit der Radfahrer beitragen.

Bei der Realisierung des Radwegnetzes wird an der Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden festgehalten: Neben der Anlage eines übergeordneten Netzes und der Koordination zwischen den einzelnen Gemeinden liegt die Hauptaufgabe des Landes, wie die Regierung in ihrem Bericht an den Landtag schreibt, in der finanziellen Unterstützung der Gemeinden beim Neubau von Radrouten und der Beihilfe bei Verkehrsberuhigungsmassnahmen sowie der Herrichtung bestehender Flurwege.